

## **Niederschrift**

**über die 8. Öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 03.03.2015 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.**

### **Anwesend waren:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Winand Jansen  
Herr Detlev von der Heide  
Frau Annekathrin Loy  
Herr Olaf Manthey  
Herr Michael Wolny  
Herr Erich Ertl

Teilnahme ab 17:20 Uhr  
  
Teilnahme bis 17:30 Uhr

#### **Sachkundige Einwohner**

Herr Dr. Roland Habich

### **Entschuldigt fehlten:**

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Jörg Niendorf  
Herr René Haase  
Herr Hartmut Rex

#### **Sachkundige Einwohner**

Herr Alexander Boldt  
Herr Christian Heller

### **Verwaltung:**

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin  
Herr Detlef Gärtner, Dezernent  
Frau Grit Seidel, Kreisentwicklungsamt, Sachgebietsleiterin  
Herr Jörg Thiele, Kreisentwicklungsamt, Sachbearbeiter  
Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Sachbearbeiterin  
Frau Nicole Brettschneider, Bürgerberatungszentrum (BBZ), Sachbearbeiterin  
Frau Annett Thätner, Kataster- und Vermessungsamt, Amtsleiterin  
Frau Ilka Leistner, Bauamt, Sachgebietsleiterin  
Herr Erik Scheidler, Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement, Sachgebietsleiter  
Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:18 Uhr

## Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.02.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Abgeordneten
- 6 Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung des Ryder Cups 2022 in 5-2317/15-IV  
Groß Kienitz
- 7 Auflistung der durchzuführenden Hochbaumaßnahmen
- 8 Aufstellung der Tiefbaumaßnahmen im Jahre 2015
- 9 Radwegekonzeption
- 10 Unterhaltung der Flaeming-Skate
- 11 Flughafen BER - aktuelle Informationen
- 12 Verschiedenes

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 13 Mitteilungen

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Jansen begrüßt die Anwesenden zur 8. Sitzung des AfRB recht herzlich. Mit der Tagesordnung wurden diverse Unterlagen versandt. Als Tischvorlage erhalten die Abgeordneten heute die Vorlage Nr. 5-2317/15-IV „Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung des Ryder Cups 2022 in Groß Kienitz“ und Informationen zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburgs“. Da alle Abgeordneten damit einverstanden sind, werden die beiden TOP nach dem TOP 5 eingeflochten. Einwände werden nicht vorgetragen.

#### **TOP 2**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 03.02.2015**

Wiederum wurde die Niederschrift vorab per E-Mail und in Papierform mit der Einladung versandt. Einwände und Hinweise erfolgen nicht. Damit ist die Niederschrift vom 03.02.2015 bestätigt.

#### **TOP 3**

#### **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen vorgetragen.

## **TOP 4**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Frau Wehlan** informiert über die Stellungnahme zur beabsichtigten Untersagung des Verfahrens zur Unterschützstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Wierachteiche-Zossener Heide“ durch die Gemeinsame Landesplanung (GL). Diese Stellungnahme übergibt sie vorab den Abgeordneten. Dazu findet am Freitag eine Anhörung vor der GL statt, über deren Ausgang sie zeitnah informieren wird.

Weiterhin berichtet sie über den Umgang mit dem von der Firma „hoch C Landschaftsarchitektur“ im Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erarbeiteten Entwicklungskonzept für die Gesamtfläche der Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut. Dazu wird gegenwärtig eine Stellungnahme der Verwaltung erarbeitet. Diese Vorstellungen können dann ab April in den Ausschüssen diskutiert werden.

Durch **Herrn Gärtner** erfolgen weitere Mitteilungen:

Zum einen betreffen sie den Ausbau der Dresdner Bahn. Die Gemeindeverwaltung Blankenfelde-Mahlow hat mittlerweile eine Stellungnahme (SN) zu der ihrer Gemeinde betreffende Planung erarbeitet, in der KV wird hierzu derzeit ebenfalls eine SN vorbereitet. Zum Ausbau der Dresdner Bahn wurde vor einigen Jahren ein Forum ins Leben gerufen, an dem alle 4 Gemeinden, die vom Ausbau der Dresdner Bahn betroffen sind, teilnahmen. Zugegen waren Herr Dr. Trettin, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn AG für das Land Brandenburg, sowie die jeweiligen Verantwortlichen der einzelnen Ausbauabschnitte. Hier hatten die Gemeinden Gelegenheit, ihre aktuellen Probleme anzusprechen. In diversen Gesprächen kam das Anliegen zum Ausdruck, dieses Forum wieder ins Leben zu rufen.

Darüber hinaus soll in diesem Jahr der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) vom Bundestag verabschiedet werden. Dadurch gibt es noch mal die Möglichkeit, an die zuständigen Bundestagsabgeordneten Frau Wicklein, Frau Schimke, Herrn Müller heranzutreten, um auf das Problem – OU Trebbin - aufmerksam zu machen. Durch den KT erfolgte dazu eine Petition, da das Land die noch im jetzigen BVWP enthaltene OU Trebbin gestrichen hat. Nun gäbe es noch die Chance, die entsprechenden Abgeordneten davon zu überzeugen, diese OU Trebbin im BVWP zu belassen.

Weiterhin informiert er über eine Umstrukturierung im Bereich des Dezernates IV. Das Bauamt ist seit Anfang Februar nunmehr im Dezernat I angesiedelt, da das Gebäudemanagement lt. Personalentwicklungskonzept dort aufgebaut wird. Ins Dezernat IV ist dafür das Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement unter Leitung von Herrn Trebschuh hinzugekommen.

**Herrn Wolny's** Vorschlag ist eine Abstimmung zwischen den 4 betroffenen Gemeinden (Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf, Zossen, Baruth/M.). Die gemeinsamen Vorstellungen sind in einer Konzeption zu erarbeiten. Ihm geht es hauptsächlich um den Planfeststellungsabschnitt 3, der eine Planänderung zum BER vorsieht.

**Herr Jansen** bezieht sich in dem Zusammenhang auf das auf der letzten Sitzung des KT erhaltene gemeinsame Positionspapier der LK Elbe-Elster, Nordsachsen, TF und Wittenberg. Es ist zu prüfen, ob eine Ergänzung der OD 246 Trebbin und Ausbau der Dresdner Bahn möglich ist.

**Herr Gärtner** begrüßt diesen Vorschlag, spielt der Ausbau der Dresdner Bahn, besonders die Taktung der Anhalter Bahn, eine große Rolle.

## **TOP 5**

### **Anfragen der Abgeordneten**

**Herr Jansen** spricht 2 Probleme an:

Zum einen bezieht er sich auf die Antwort des Ministeriums für Wirtschaft und Energie zum Beschluss des Kreistages. Auf Initiative dieses Ausschusses war die Landesregierung aufgefordert, eine Änderung des Energieeinspeisungsgesetzes dahingehend vorzunehmen, die Kosten für die Einspeisung auf alle zu transportieren. Die Antwort überrascht nicht, wenn es heißt: "...ergibt nach derzeitiger Überzeugung keinen Sinn..." Da im Kreistag darüber nicht diskutiert wurde, bittet er hier um Redebeiträge.

Hier handelt es sich um einen Beschluss des KT, der über den Vorsitzenden des KT an die zuständige Landesregierung gegangen ist, merkt **Frau Wehlan** an. Wenn der Landkreis mit dieser Antwort nicht einverstanden ist, aber noch Klärungsbedarf besteht, sollte das noch mal thematisiert werden.

**Herr Jansen** bittet Herrn Gärtner zu dieser Problematik einen kompetenten Vertreter des Ministeriums einzuladen, um in diesem Ausschuss dazu Stellung zu beziehen.

Aus der Presse konnte **Herr Jansen** heute die Veröffentlichung der Bodenrichtwerte 2015 entnehmen. Er kritisiert, dass diese Thematik vorab im Ausschuss hätte erläutert werden können.

Hinsichtlich der Siedlungsentwicklung sollte sich der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mit dem Beschluss der GL auseinandersetzen und wie dies bei der Aufstellung bzw. Änderung von Flächennutzungsplänen zu berücksichtigen ist. Die Verknappung des Baugrundes führt automatisch zum Preisanstieg der zur Verfügung stehenden Flächen. Als Beispiel nennt er Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Zu dieser Thematik wollte sich **Herr Gärtner** in der heutigen Sitzung äußern, hat das jedoch auf Grund der umfangreichen TO verschoben. Frau Thätner als Vorsitzende des Gutachterausschusses wird im Mai den Grundstücksmarktbericht 2015 herausbringen, der noch detaillierter Aufschluss auf die verschiedenen Facetten im Grundstücksmarktbereich gibt.

Das wird Thema der Mai-Ausschusssitzung werden, informiert **Herrn Jansen**.

**Herr Jurtzik** bemerkt, zur Problematik könnte eine Abfrage bei den Gemeinden erfolgen, wie sich die planungsrechtliche Situation oder die Verfügbarkeit der Grundstücke in den jeweiligen Gemeinden darstellt. Seine Erfahrungen aus Luckenwalde und Jüterbog sind, dass in den letzten Jahren durch einen Bauboom viele Gebäude renoviert und Wohnraum wieder zugänglich gemacht wurden.

Ob die Informationen bei den Verwaltungen abgefragt werden, ist Sache der Verwaltung, meint **Herr Jansen**.

## **TOP 6**

### **Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung des Ryder Cups 2022 in Groß Kienitz ( 5-2317/15-IV )**

**Herr Jansen** begrüßt die Bewerbung Deutschlands zur Ausrichtung des Ryder Cups im Jahre 2022 in Groß Kienitz als touristisches Highlight. Auch, weil damit keine finanziellen Auswirkungen für unseren LK verbunden sind.

Diese Informationsvorlage sei relativ kurzfristig auf die TO gesetzt worden, erläutert **Herr Gärtner**, da erst am Freitag die Terminabfrage bei Frau Wehlan dazu erfolgte. Es ist noch

nicht sicher, ob Deutschland den Zuschlag erhält, die Entscheidung erfolgt am 09. März 2015.

**Herr Wolny** ergänzt, dass alles in Abstimmung zwischen der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und dem bisherigen Betreiber der Golfanlage in Groß Kienitz geschieht. Der Geschäftsführer hat die Dinge über Jahre verfolgt und es gibt eine Kooperation hinsichtlich der Hotelkapazitäten. Für den LKTF wäre es vorteilhaft, diesen Event in den LK zu bekommen.

**Herr Jansen** formuliert abschließend, dieser Ausschuss werde diese Initiative voll inhaltlich unterstützen.

### **AG „Fahrradfreundliche Kommunen“**

Zu diesem TOP - AG „Fahrradfreundliche Kommunen“ wurde durch die Verwaltung eine Informationsvorlage an alle Mitglieder übergeben. Anhand des Verteilers ist zu entnehmen, dass sich unter den wenigen Kommunen unser LK sowie die Stadt Luckenwalde befinden. Er fragt Herrn Gärtner, wen die Verwaltung als kompetenten Vertreter in diesen Gründungsarbeitskreis entsendet?

**Frau Wehlan** weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um eine Vorlage handelt, sondern um eine Information im Zusammenhang mit der Diskussion zum TOP 8 – Radwegekonzeption.

**Herr Jansen** nimmt das zur Kenntnis und wird die Information unter TOP 8 Radwegekonzept behandeln.

### **TOP 7**

#### **Auflistung der durchzuführenden Hochbaumaßnahmen**

Zu den TOP 7 und 8 informiert **Herr Jansen**, dass Frau Leistner kurzfristig eine Übersicht der Hochbau- und Straßenbaumaßnahmen erstellt hat, die vor der Sitzung verteilt wurde. Diese entspricht der kürzlich beschlossenen Investitionsliste, enthält aber auch alle Baumaßnahmen, die im Aufwand geplant sind. Sein Vorschlag wäre, sich mit dieser Liste in den nächsten Sitzungen bis Mitte des Jahres auseinanderzusetzen, um die Haushaltsplanung für 2016 und für die kommenden Jahre vorzubereiten.

**Herr Manthey** bittet um Klärung der finanziellen Abgrenzung zwischen Aufwand und Investitionen? Bis wohin geht der Aufwand und ab wann ist die Maßnahme eine Investition?

Dabei geht es nicht um die Höhe der Kosten erklärt **Frau Leistner**. Es handelt sich um eine Investition, sofern Neubau, Erweiterung, wesentliche und dauerhafte Verbesserung eines Objektes erfolgen. Erhaltende Maßnahmen bzw. Reparaturen sind im Aufwand zu planen.

**Frau Wehlan** äußert sich positiv zu den Entwicklungen in Bezug auf die Vorbereitung der Haushaltsplanung 2016. Sie unterstützt die Herangehensweise der Fachausschüsse an die einzelnen Themen. Deutlich diskutiert wurde die Prioritätenliste mit Ausblick auf 2016 und 2017. Hier sind Sachverhalte enthalten, die auch gekoppelt sind an den prioritären Entscheidungen für 2015.

Im letzten Ausschuss wurde nochmals problematisiert, wie hinsichtlich der Prioritätensetzung herangegangen werden sollte. In Vorbereitung der Erarbeitung der Prioritätenliste wurde ein Rückstau von 12 Mio € in Bezug auf notwendige Investitionen festgestellt, die uns als Träger unserer eigenen Schulen in eine besondere Verantwortung bringen. Dazu gehören insbesondere Notfallkonzepte, Alarmsysteme, die im KT thematisiert wurden. Als Signal nehme sie mit, sich frühzeitig in den Ausschüssen mit der Prioritätenliste zur Fortschreibung der Jahre 2015 bis 2018 zu befassen und zu diskutieren. Im letzten Jahr hat sich die

Beschlussfassung verzögert, weil fraglich war, ob es Sinn macht, überhaupt eine Prioritätenliste zu beschließen, bevor der Haushalt beschlossen ist. Letztendlich hat der Kreistag das Dokument verabschiedet. Insofern denke sie, dass dieser Diskussionsprozess frühzeitiger beginnen muss als der eigentliche Haushalt für 2016.

**Herr Jansen** beendet damit diesen TOP und dankt Frau Leistner für die kurzfristige Erstellung der Listen.

### **TOP 8**

#### **Aufstellung der Tiefbaumaßnahmen im Jahre 2015**

**Herr Jansen** erklärt, unter diesem TOP sollten wir uns zur Unterhaltung der Flaeming-Skate und zu Glashütte verständigen. Beide Themen werden uns stets begleiten. Er fragt nach kostensenkenden Maßnahmen für den Landkreis.

Er bittet Frau Leistner um Information zur Planung der K 7220 Ortsdurchfahrt (OD) Ruhlsdorf in Höhe von 35 T€ und der Beteiligung der Gemeinde Nuthe-Urstromtal in Höhe von 10 T€.

**Frau Leistner** antwortet, dass in diesem Jahr mit der Planung begonnen wird. Es ist vorgesehen, mit der Gemeinde eine Vereinbarung zu schließen, sodass die OD einschließlich Seitenbereiche (Gehwege etc.) geplant werden können. **Herr Jansen** bittet Frau Leistner um Vorstellung der Planungen in diesem Ausschuss und erkundigt sich nach einer Fördermittelzusage bzw. Zuwendungsbescheid zum Ausbau des Weges von Baruth/M. nach Horstwalde.

**Frau Leistner** antwortet, dass dieser noch nicht vorliegt, aber gegenwärtig in der Vorbereitung ist.

### **TOP 9**

#### **Radwegekonzeption**

Zur Radwegekonzeption liegt eine Informationsvorlage einschließlich Übersichtsplanung vor, erklärt **Herr Jansen**. Diese Vorlage ist auch auf die TO der nächsten Sitzung zu setzen. Hierzu erbittet er Vorschläge der Verwaltung und der Mitglieder des Ausschusses.

**Herr Gärtner** gibt einführende Worte zu den Radwegen insgesamt. In der Informationsvorlage wird der Ablauf zur Erarbeitung eines Radwegekonzeptes, von der Beauftragung durch den damaligen Landrat, bis zum heutigen Entwicklungsstand dargelegt. Das vom Landkreis (LK) entwickelte Radwegekonzept verknüpft zwei Ziele miteinander, zum einen sollte durch die räumliche Trennung zwischen Radverkehr und mobilisiertem Verkehr an vielbefahrenen klassifizierten Straßen die Verkehrssicherheit erhöht werden und zum anderen sollte durch die Herstellung des Lückenschlusses zwischen Berlin bzw. Potsdam und der Flaeming-Skate die touristische Entwicklung des LK gefördert werden. Bei der Erarbeitung des Konzeptes spielte die Baulasträgerschaft der jeweiligen Straße keine Rolle. Der LK hat bisher bei Neubaumaßnahmen an Kreisstraßen gleichzeitig einen Radweg zu berücksichtigen. Das Land erarbeitete Prioritätenlisten für Radwege an Bundes- und Landesstraßen. Hierzu erfolgten Nutzen-/Kosten-Untersuchungen für die einzelnen Strecken. Während in den Anfangsjahren die Landkreise in die Erarbeitung der Bedarfslisten stark einbezogen wurden, erfolgte später kaum noch eine Berücksichtigung der Forderungen des LK.

Für die nächsten Jahre müssen nun andere Wege gefunden werden.

Der LK beabsichtigt, eine „AG Radwege und Tourismus“ gemeinsam mit den Kommunen zu gründen. Die ursprünglich für den 05.02.2015 vorgesehene konstituierende Sitzung musste aus gesundheitlichen Gründen auf den 26.03.2015 verschoben werden. Ziel dieser AG ist u. a. die Fortschreibung des Radwegekonzeptes. Hierzu wurden auch die Gemeinden um Aktualisierung ihres Radwegebestandes gebeten. Die Ergebnisse wurden in einer Karte dargestellt.

Zur Information übergibt Herr Gärtner den Ausschuss-Mitgliedern ein Schreiben des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung über die beabsichtigte Gründung einer AG „Fahrradfreundliche Kommunen in Brandenburg“. Eine erste Beratung des Gründungskreises wird am 30.03.2015 in Potsdam stattfinden. An den Anlaufgesprächen zur Initiierung der AG nahm Herr Thiele aus dem Kreisentwicklungsamt teil. Im Vorfeld gab es auch vorbereitende Gespräche mit Herrn Fiedler, Leiter IMAG Radverkehr, und mit kommunalen Partnern. Herr Fiedler verwies darin auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 6. Wahlperiode des Brandenburger Landtages, wo es auf Seite 54 um den Ausbau von Landesstraßen, Ortsdurchfahren und deren Finanzierung geht. Herr Gärtner zitiert daraus: „Bei der Umsetzung der weiteren Programmteile (hier sind auch Radwege inbegriffen) kommt den kommunalen Bedarfen eine hohe Bedeutung zu. Deshalb wird die Koalition die Mitsprache der kommunalen Ebene sicherstellen...“ Seiner Meinung nach wurde in der Vergangenheit die kommunale Meinung zwar zur Kenntnis genommen, ihr aber nicht der erforderliche Rang eingeräumt. Herr Gärtner informiert, dass im Mai dieses Jahres im Rahmen des Nationalen Radverkehrskongresses in Potsdam die Konstituierung der AG „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg“ (AG FK Brandenburg) erfolgen soll. Er würde es begrüßen, gemeinsam mit den Gemeinden ein abgestimmtes Wegekonzept für den Zeitraum von 10 Jahren zu entwickeln und dieses in der AG FK zu vertreten. Um die bestehenden Probleme bei der Finanzierung lösen zu können, müssen neue Möglichkeiten gefunden werden. Als Beispiel nennt er den Bau des Radweges entlang der B 246 zwischen Löwendorf und Schönhagen, welcher gemeinsam zwischen Landkreis (Planung), Bund (Bau) und Stadt Trebbin (teilweise Bau, Unterstützung Grunderwerb) umgesetzt wurde.

**Herr Jansen** dankt Herrn Gärtner für seine Darlegungen. Seiner Meinung nach ist jedoch ein kürzerer Zeitraum zu vereinbaren, da die Koalitionsvereinbarung nicht für 10 Jahre, sondern max. für die Dauer der Koalition gilt.

**Herr Gärtner** schlägt vor, über dieses Thema nach der konstituierenden Sitzung im nächsten Ausschuss zu berichten.

**Herr Jansen** erklärt, dass hier Prioritäten gesetzt werden müssen, die dann letztlich im Ausschuss und im Kreistag festgelegt werden.

**Herrn Wolny** fehlen als Diskussionsgrundlage noch einige Voraussetzungen. Nach Abstimmung und Diskussion der Bedarfslisten für Radwege an Bundes- und Landesstraßen in den Jahren 2005/2006 wurden diese vom Land auch fortgeschrieben. In den letzten Jahren erfolgte durch das Land auf Grund fehlender Haushaltsmittel jedoch keine Umsetzung mehr. Hierzu sind unbedingt weitere Gespräche mit dem Land und den Kommunen zu führen.

**Herr Manthey** bittet um Information, welche 2 Gemeinden die entsprechenden Daten noch nicht eingereicht haben. Des Weiteren bittet er um digitale Übersendung der damaligen Radwegekonzeption, um einen Vergleich mit der Prioritätenliste durchführen zu können.

Warum nicht alle Landkreise in die projektbegleitende Vorbereitung der AG vom Land einbezogen wurden, so **Frau Wehlan**, macht deutlich, welche Prioritäten das Land setzt. Der LKTF gehört dazu, weil sich die Flaeming-Skate im LK befindet und außerdem von europaweiten Radwegen tangiert wird. Deshalb ist das Radwegekonzept schnellstens zu überarbeiten. Mit der Gründung der AG „Radwege und Tourismus“ muss deutlich der Zusammenhang als Wirtschaftsfaktor zum Ausdruck gebracht werden. Der Vertreter des Landkreises in der AG FK muss aus der Verwaltung kommen, da er gleichzeitig die AG „Radwege und Tourismus“ leiten soll. Nur auf diesem Wege kann auch die Verknüpfung zwischen beiden AG's sichergestellt werden. Es geht auch darum, neue Arbeitskontakte zu

knüpfen und Konzepte zu erarbeiten, die den Blick über das Jahr 2015 hinaus verschärfen. Die Finanzierung für das Land wird schwieriger. Deshalb benötigt der LK Informationen, was seitens des Landes geplant und möglich ist. Frau Wehlan bittet Herrn Thiele, an konkreten Beispielen die Ergebnisse aus den ersten Beratungen darzulegen.

**Herr Thiele** ist im Kreisentwicklungsamt u. a. für Radwege zuständig. Im Vorfeld der Gründung der AG ging eine Initiative vom Land aus. Gemeinsam mit Herrn Wolf aus dem Kreisentwicklungsamt nahm er an einer ersten beratenden Sitzung teil, an der sich Radfahrbegeisterte aus den Städten und Landkreisen trafen. Die Stadt Treuenbrietzen gab federführend dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, die vom Land finanziert wurde. Anhand dieser Machbarkeitsstudie wurde analysiert, ob eine AG Radverkehr für das Land Brandenburg von Nutzen ist und wie die Finanzierung erfolgt. Ergebnis dieser Studie ist, unbedingt eine AG im Land Brandenburg ins Leben zu rufen. Es wurden alle Landkreise und Städte angeschrieben, jedoch haben einige Städte auf Grund der Finanzierung Abstand von der Teilnahme genommen.

**Frau Wehlan** findet es immer spannend, wenn neue Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften gegründet werden. Wenn sie mit einer finanziellen Beteiligung versehen sind, sind diese Fragen neu zu überdenken. Auch wenn vom Land eine Finanzierung vorerst nur für ein oder zwei Jahre erfolgt, hat man auf alle Fälle Zeit, sich in dieser AG verortet zu haben und die weitere Finanzierung zu gegebener Zeit zu prüfen. Sie ist sich sicher, dass das Thema „Fahrradfreundliche Kommunen“ diesen Ausschuss mehrfach beschäftigen wird.

**Herr Jansen** dankt Frau Wehlan und Herrn Thiele für die Redebeiträge. Die heute auf der TO stehende Radwegekonzeption wird den Ausschuss auch in den nächsten Sitzungen begleiten. In der Sitzung am 07.04.2015 kann nach entsprechenden Rückmeldungen und Vorschlägen weiter darüber diskutiert werden.

**Frau Loy** interessiert, welche Gemeinden keine Zuarbeit zur Erfassung des Radwegebestandes geleistet haben. Außerdem möchte sie wissen, wie die weitere Vorgehensweise sein wird, wenn die Rückmeldungen vorliegen. Sie fragt nach, ob der Ausschuss dann eine Vorlage über die relevanten Radwege erhält und ob er Mitspracherecht bei der Auswahl der Radwege erhält. Ebenso möchte sie wissen, ob dann eigene Vorschläge unterbreitet werden können.

**Herr Jansen** bestätigt, dass eine Bündelung und Abstimmung auf Verwaltungsebene stattfinden wird und erklärt auch, dass für den Ausschuss die Möglichkeit besteht, eigene Vorschläge einzubringen und Prioritäten zu verändern.

**Herr Thiele** beantwortet die Frage nach ausstehenden Zuarbeiten in der Form, dass es in der Gemeinde Niederer Fläming krankheitsbedingt zu Verzögerungen kam. Diese Zuarbeit soll aber kurzfristig nachgereicht werden. Die Stadt Baruth/M. hat ihre Zuarbeit inzwischen geschickt. Diese muss jedoch noch eingearbeitet werden.

## **TOP 10**

### **Unterhaltung der Flaeming-Skate**

**Frau Wehlan** macht auf die Notwendigkeit der Klärung des Problems der Unterhaltung der Flaeming-Skate (FS) aufmerksam. Die ursprünglich angedachte Herangehensweise in Form einer Betreibergesellschaft zwischen Kommunen und Landkreis konnte nicht umgesetzt werden.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass in die FS Mittel in Höhe von 30 Mio. € investiert wurden, um den jetzigen Stand zu erreichen. Außerdem kamen Unterhaltungskosten in Höhe von 500 T€ hinzu. Ferner müssen weitere Kosten für Modernisierung und Unterhaltung aufgebracht werden. Der Landkreis muss als Eigentümer der Strecke für die Verkehrs-



sicherungspflicht eintreten. Hinzu kommt, dass einige Streckenabschnitte auch als Schulweg genutzt werden.

Frau Wehlan erklärt, dass in der Diskussion mit den Bürgermeistern zur Informationsvorlage zur Unterhaltung und Finanzierung der FS eindeutig zum Ausdruck gebracht wurde, dass die FS erhalten werden muss. Das Alleinstellungsmerkmal muss genutzt werden, um auch im Süden des LKTF die wirtschaftliche Entwicklung weiter voranzubringen. Die Bürgermeister erklärten aber auch, dass sie die FS ja bereits über die Kreisumlage finanzieren. Die Finanzierbarkeit der FS ist zu klären. Angesichts der Haushaltslage des Landkreises müssen Lösungen gefunden werden, um die im Haushaltssicherungskonzept aufgeführten freiwilligen Leistungen, zu denen auch die FS und das Museumsdorf Glashütte gehören, weiter im erforderlicher Umfang realisieren zu können. Dabei ist zu beachten, dass die FS auch pflichtige Sachverhalte wie Verkehrssicherungspflicht durch Baulastträgerschaft und Schulwegsicherung beinhalten.

Frau Wehlan informiert in diesem Zusammenhang darüber, dass demnächst auch ein Gespräch mit dem „Förderverein Flaeming-Skate e.V.“, deren Mitglieder sich vor allem aus Gewerbetreibenden der anliegenden Orte, aber auch Kommunen und Privatpersonen zusammensetzen, stattfinden wird, um nach Möglichkeiten der Finanzierung zu suchen. Die Frage eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes wird jedoch nachwievor als ein Mittel zur Einbeziehung der Nutzer gesehen. Ein Konzept wie in Potsdam, bei dem über die Kommunen eine Steuer zu erheben ist, ist vom Landkreis nicht gewollt.

**Herr Jansen** ist der Auffassung, dass das Thema „Unterhaltung der FS“ nicht weiter diskutiert werden muss, wenn die Gemeinden den Standpunkt vertreten, dass sie diese bereits mit der Kreisumlage finanzieren.

Nach Aussage von **Herrn von der Heide** ist das Problem, dass 400 T€ pro Jahr bei einer Investitionsmaßnahme von 30 Mio € nicht ausreichen werden. Außerdem werden jedes Jahr Rastplätze durch Vandalismus zerstört oder sogar entwendet. Seiner Meinung nach gibt es nur die Möglichkeit, die finanziellen Mittel zu erhöhen, da mit einer Summe von 400 T€ eine Strecke von 230 km nicht zu unterhalten ist. Eine Alternative wäre sonst nur, die FS in Haupt- und Nebenstrecken zu unterteilen und mit unterschiedlich hohem Qualitätsanspruch zu erhalten bzw. zu unterhalten. Außerdem ist die Parkraumbewirtschaftung unter Einbeziehung der Kommunen zu überdenken.

**Herr Jansen** bittet den Sachverhalt in Form einer Vorlage zusammenzustellen. Bei den genannten Überlegungen muss beachtet werden, dass auch für die dann untergeordneten Strecken eine Bindungsfrist in Form der Unterhaltungspflicht wie auf der gesamten FS besteht. Außerdem würde dann eine FS erster und zweiter Klasse entstehen.

**Herr Scheidler** widerspricht den Ausführungen von Herrn von der Heide in der Form, dass die Unterhaltung der gesamten FS wichtig ist und zwar in der bestehenden Qualität. Der in den letzten 10 Jahren beschrittene Weg ist fortzusetzen und die bisherige Qualität der FS ist weiter zu halten. Nur so ist es möglich, den Wirtschaftsfaktor Tourismus für den LK weiterzuentwickeln.

Herr Scheidler legt weiterhin dar, dass durch den LK neben den vom SG Straßenwesen im Haushaltsplan 2015 eingeplanten Kosten für die bauliche Unterhaltung der FS in Höhe von 428 T€, für die aus der Verkehrssicherungspflicht resultierenden Pflege- und Unterhaltungsarbeiten, die durch die Kreisstraßenmeisterei geleistet werden, noch etwa 600 T€ aufgebracht werden müssen.

Die FS ist in ihrer Gesamtheit zu betrachten und zu erhalten, so Herr Scheidler.

**Herr von der Heide** wendet ein, dass er missverstanden wurde. Auch er ist der Meinung, dass die FS für den Tourismus sehr wichtig ist und unbedingt erhalten werden muss, jedoch derzeit für die Unterhaltung nicht genügend getan wird. Er schlägt vor, Vergleiche mit anderen Tourismusregionen durchzuführen. Er bittet die Verwaltung optimale Kosten sowie Defizite, Anregungen und Ideen, wie z. B. Einnahmen durch Parkplätze, Busverbindungen

usw. zusammenzutragen, um eine Arbeitsgrundlage für die Entwicklung eines Konzeptes zum Erhalt der FS zu haben.

**Herr Jansen** ergänzt, dass die Unterhaltung der 230 km FS zu gewährleisten ist. Welche Kosten für eine ordnungsgemäße Unterhaltung notwendig sind, ist im Laufe des nächsten Vierteljahres zu thematisieren.

**Frau Wehlan** dankt für das deutliche Signal. Die FS als Alleinstellungsmerkmal ist zu entwickeln, sodass auch der Wirtschaftsausschuss diese Signalgebung vermittelt bekommen sollte. In Vorbereitung der nächsten Haushaltsberatung wird der FS weiterhin der Platz eingeräumt. Seitens der Bürgermeister wird das Signal erwartet, zur FS zu stehen und den Finanzierungsbeitrag über die Kreisumlage zu sehen.

Des Weiteren wird von Frau Wehlan angeregt, ein Kataster für die FS zu erstellen, ähnlich dem Straßen- und Baumkataster, welche gekoppelt werden sollen.

**Herr Wolny** bekräftigt die Worte der Landrätin. Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, steht die Frage, wie es weiter geht und mit welchem finanziellen Aufwand der Standard der FS zu halten ist. Es wird angeregt die Möglichkeiten einer Förderung durch EU oder Land zu prüfen.

**Herr Jansen** erwartet im Laufe des Jahres seitens der Verwaltung Vorschläge und Vorlagen mit entsprechenden Beschlussfassungen zugeleitet zu bekommen.

## **TOP 11**

### **Flughafen BER - aktuelle Informationen**

**Herr Jansen** informiert über einen künftig neuen Geschäftsführer des Flughafens BER. Er bittet Frau Brettschneider um aktuelle Informationen.

**Frau Brettschneider** berichtet, dass sich am 16.02.2015 der Sonderausschuss BER im Brandenburger Landtag im Rahmen einer Anhörung mit der temporären Nutzung der Südbahn ab 02. Mai 2015 beschäftigt hat. Im Vorfeld hatte sich die Vorsitzende des Sonderausschusses im Bürgerberatungszentrum zum Thema kundig gemacht. Die Ausführungen der FBB GmbH zum Fortgang des Schallschutzprogramms decken sich nicht mit den Erfahrungen im Beratungszentrum. Auch die BI's (Bürgerinitiativen), der VDBG (Verband Deutscher Grundstücksnutzer) und die Schutzgemeinschaft hätten andere Erfahrungen gemacht als von der FBB dargestellt. Während der Anhörung im Landtag teilte Herr Mehdorn mit, dass bis Oktober 2015 alle Anspruchsberechtigten eine ASE (Anspruchsermittlung) erhalten haben sollen. Frau Brettschneider verweist darauf, dass bereits im Herbst 2014 ca. 4500 ASE unter Zeitdruck an die Bürger verschickt werden sollten. Jetzt sind es über 10000 ASE. Von der FBB war während der Anhörung dargestellt worden, dass auf Beschwerden innerhalb von 4 Wochen reagiert würde, im schlechtesten Fall nur mittels Eingangsbestätigung. Im BBZ sind Fälle bekannt, in denen erst nach 3 Monaten Eingangsbestätigungen versendet werden. Von einer inhaltlichen Klärung sei hier dann noch gar nicht die Rede.

Die Beratungen werden in den letzten Monaten so angepasst und vereinheitlicht, so dass es nicht mehr vorkommt, dass LDS und TF unterschiedlich beraten.

**Herr Wolny** hat in der Umgebung von Blankenfelde-Mahlow Anwohner angeschrieben, um zu erfahren, wie die gegenwärtige Situation ist, wann sie den Antrag gestellt haben, ob sie eine KEV (Kostenerstattungsvereinbarung) erhalten haben, ob eine ASE vorliegt, nach dem Ergebnis der Objektaufnahme gefragt, ob sie in Widerspruch gegangen sind. Herr Wolny

übergibt Frau Brettschneider eine Liste mit entsprechenden Fragen. Über die Ergebnisse aus der Befragung wird er später berichten.

**Herr von der Heide** erkundigt sich nach der Art der Fehler und ob es Möglichkeiten gibt, den Bürgern dabei zu helfen, dass Anträge eine Mindestqualität bekommen und sich bei der Bewilligung der Gutachten unnötige Verzögerungen einstellen, die man hätte bei frühzeitiger Unterstützung vermeiden können.

**Frau Brettschneider** umreißt kurz den Ablauf der Antragstellung und berichtet, dass die Fehler nicht bei den Bürgern liegen, sondern durch die Ingenieurbüros verursacht worden sein.

## **TOP 12** **Verschiedenes**

In der letzten Sitzung hatte sich der Ausschuss mit dem Mindestabstand von WEA beschäftigt, erklärt **Herr Jansen**. Sein Vorschlag war, die 10xH Regelung einzuführen, aber man sei dem Beschluss der Verwaltung gefolgt. Der KT Potsdam-Mittelmark hat in der vergangenen Woche Forderungen zur 10xH Regelung beschlossen und wird sie auch dem Land mitteilen. Da der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt am 26.02.15 zur gleichen Problematik getagt hat, erkundigt sich Herr Jansen, wie hier beschlossen wurde.

**Frau Seidel** äußert, dieser Ausschuss wurde auf Ende März verschoben und **Herr Manthey** nennt als Termin den 30.03.2015.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, leitet **Herr Jansen** zum **nichtöffentlichen Teil** der TO über.

## **Nichtöffentlicher Teil**

Luckenwalde, den 26.03.2015

.....  
Jansen  
Vorsitzender

.....  
Remus  
Schriftführerin